

Tobias Freimüller

Migration und Stabilisierung. Jüdisches Leben in Frankfurt am Main nach 1945

Frankfurt am Main galt vor 1933 als ‚jüdischste Stadt‘ in Deutschland. Nach 1945 entstand wieder eine jüdische Gemeinde. Eine dauerhafte Zukunft jüdischen Lebens war allerdings nur durch stete Zuwanderung möglich. Der Beitrag skizziert die besondere Situation in Frankfurt, wo die US-Armee ihr europäisches Hauptquartier einrichtete, und zeichnet am Frankfurter Beispiel nach, dass die Integration der ‚Displaced Persons‘ zwar institutionell problemlos verlief, im Gemeindeleben aber für längere Zeit Probleme bestehen blieben. Auch spätere Zuwanderung von Jüdinnen und Juden aus Israel seit den 1950er Jahren stabilisierte jüdisches Leben und verkomplizierte es gleichermaßen.

Before 1933 Frankfurt am Main was considered Germany’s most ‘Jewish’ city. After 1945 a new Jewish community was established. However, if it was to have a lasting future, it needed constant immigration. This article describes the particular situation in Frankfurt, where the US army established its European headquarters. Utilizing the Frankfurt example, it demonstrates that ‘Displaced Persons’ were integrated into the Jewish community without difficulty but that internal problems remained for a long time. The later immigration of Jews from Israel from the 1950s, too, helped to stabilize Jewish life and, at the same time, made it more complicated.

Am 6. April 1945 berichtete der *New Yorker Aufbau*, dass in Frankfurt am Main unmittelbar nach der Einnahme durch die US-Armee 106 jüdische Menschen in der „halb in Ruinen liegenden Stadt“ lebten.¹ Ende April druckte der *Aufbau* eine Liste mit 160 Namen von „Juden in Frankfurt am Main“ ab.² Das jüdische Leben in der Metropole, die vor 1933 den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil aller deutschen Städte gehabt hatte, war völlig vernichtet.³ Die ehemals zweitgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands mit rund 30.000 Mitgliedern existierte nicht mehr, die Infrastruktur jüdischen Lebens war zerstört. Vier Synagogen, drei jüdische Schulen, ein jüdisches Waisenhaus, Erholungs- und Altersheime sowie eine Vielzahl jüdischer Vereine und rund 500 jüdische Stiftungen hatte es in Frankfurt zur Zeit der Weimarer Republik gegeben. Das 1923 gegründete Institut für Sozialforschung war ins Exil vertrieben, das von Franz Rosenzweig geprägte Freie Jüdische Lehrhaus, in dem unter anderem Martin Buber und Siegfried Kracauer unterrichtet hatten, war 1938 geschlossen worden. Die jüdische Geschäftswelt,

¹ *Aufbau*, 06.04.1945, S. 1 f.

² *Aufbau*, 27.04.1945, S. 19, Faksimile bei Krohn, Helga: „Es war richtig, wieder anzufangen.“ Juden in Frankfurt am Main nach 1945, Frankfurt am Main 2011, S. 28.

³ Dieser Artikel beruht auf meiner Studie: *Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945–1990*, Göttingen 2020. Die im Folgenden behandelten Sachverhalte werden dort ausführlicher und in einem größeren Kontext dargestellt.

insbesondere im Textilsektor, im Bankwesen und an der Börse, gab es nicht mehr.⁴ Seit Oktober 1941 waren mehr als 12.000 Jüdinnen und Juden von Frankfurt aus deportiert worden, darunter vermutlich etwa 8.000 Menschen, die in Frankfurt gelebt hatten.⁵

Trotz der totalen Zerstörung fand sich im November 1945 ein provisorischer Gemeinderat zusammen, 1947 wurde offiziell eine Jüdische Gemeinde neu gegründet. Prägende Personen dieses Neuanfangs waren unter anderem die Kaufleute Friedrich Leopold Stein und Max Meyer, der Rechtsanwalt Max L. Cahn und der Rabbiner Leopold Neuhaus. Neuhaus konnte als einziger Rabbiner in Deutschland sein Amt, das er bereits von 1934 bis zu seiner Deportation nach Theresienstadt innegehabt hatte, wieder übernehmen. Die Gründerväter personifizierten die Verbindung zur Vorkriegsgemeinde und knüpften wie selbstverständlich an diese Tradition an. Max L. Cahn erklärte: „Die Gemeinde ist nicht der Nachfolger, sie ist noch da.“⁶ Doch die Demografie bestätigte die Kontinuitätsvorstellung nicht. Im Frühjahr 1947 betrug der Anteil von Mitgliedern der neuen Gemeinde, die schon der Vorkriegsgemeinde angehört hatten, rund 30 Prozent.⁷ Bald bildeten die ‚Altfrankfurter‘ innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in der Stadt nur noch eine Minderheit. Die Zukunft jüdischen Lebens konnte nur durch Zuwanderung gesichert werden.

Displaced Persons

Frankfurt am Main verwandelte sich nach Kriegsende schnell in die amerikanischste Stadt Deutschlands, denn hier richteten die Besatzer aus Übersee ihr Hauptquartier ein.⁸ Auch nachdem die Militärregierung OMGUS (Office of Military Government for Germany) im Sommer 1945 nach Berlin übersiedelt war, blieb die oberste amerikanische Kommandobehörde USFET (United States Forces European Theater), ab Oktober 1945 Office of Military Government (US Zone) genannt (OMGUSZ), in Frankfurt.⁹ Die Amerikaner nahmen die entscheidende Schutzfunktion für die Überlebenden des Holocaust ein, die US-Zone wurde zum Fluchtpunkt für die Jüdinnen und Juden unter den mehr als acht Millionen Displaced Persons (DPs),¹⁰ die auf deutsches Territorium gerieten. Je mehr dieser Entwurzelten von den Besatzungsmächten in ihre jeweiligen

⁴ Zur Frankfurter jüdischen Geschichte vor 1933 und im ‚Dritten Reich‘ siehe Arnsberg, Paul: Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, 3 Bd., Darmstadt 1983; Kingreen, Monica (Hrsg.): Nach der Kristallnacht. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945, Frankfurt am Main/New York 1999.

⁵ Krohn, Frankfurt, 2011, S. 24. Das Jüdische Museum Frankfurt verfügt über eine Datenbank, in der die Namen von 12.800 aus Frankfurt deportierten Menschen enthalten sind. Vgl. auch Kingreen (Hrsg.), Kristallnacht, 1999, S. 357–390; Jüdisches Museum Frankfurt am Main (Hrsg.): „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“ Deportationen aus Frankfurt am Main 1941–1945, Frankfurt am Main 2004.

⁶ Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA): B. 1/13, 412. Protokoll der Sitzung der Interessensvertretung der Jüdischen Gemeinden und Kultusvereinigungen, 02.03.1947.

⁷ Tauber, Alon: Zwischen Kontinuität und Neuanfang. Die Entstehung der jüdischen Nachkriegsgemeinde in Frankfurt am Main 1945–1949, Wiesbaden 2008, S. 184.

⁸ Balsler, Frolinde: Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, Bd. 6: Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum, Stuttgart 1995, S. 16 f.

⁹ Kugelmann, Cilly: Befreiung – und dann? Zur Situation der Juden in Frankfurt am Main im Jahr 1945, in: Kingreen (Hrsg.), Kristallnacht, 1999, S. 435–456; Mühlhausen, Walter: Die amerikanische Militärregierung und der Aufbau der Demokratie im Nachkriegshessen, in: Berding, Helmut (Hrsg.): Hessen. 60 Jahre Demokratie. Beiträge zur Landesgeschichte, Wiesbaden 2006, S. 3–34, hier S. 8.

¹⁰ Grossmann, Atina/Lewinsky, Tamar: Erster Teil. 1945–1949 – Zwischenstation, in: Brenner, Michael (Hrsg.): Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart. Politik, Kultur und Gesellschaft, München 2012, S. 67–152, hier S. 68.

Heimatländer zurückgeführt wurden, desto größer wurde der Anteil der jüdischen DPs, die in Deutschland ausharrten – zum einen, weil eine Rückkehr nach Polen angesichts eines bedrohlichen Antisemitismus und wiederholter Pogrome nicht ratsam erschien,¹¹ zum anderen, weil die jüdischen DPs ihre Zukunft ohnehin in den USA oder in Palästina sahen.¹² Vorläufig war für sie die US-Zone als „exterritoriales Amerika“¹³ ein sicherer Ort. Von 108.000 osteuropäischen, zu etwa drei Vierteln polnischen Jüdinnen und Juden, die 1946 in die Westzonen kamen, gelangten 106.000 in die US-Zone.¹⁴ Somit wurde auch Frankfurt, wo UNRRA und Jewish Agency schon im Frühjahr 1945 „eine der Schaltstellen für die illegale Einwanderung nach Palästina“¹⁵ aufgebaut hatten, zu einem Anziehungspunkt für jüdische DPs.

Anfangs wurden jüdische Überlebende in Hotels im Stadtgebiet einquartiert,¹⁶ doch dies konnte keine dauerhafte Lösung sein. Im Juli 1945 ordnete die Militärregierung an, ein eigenes Lager für die jüdischen DPs einzurichten. Dies geschah im Stadtteil Zeilsheim, wo sich Baracken befanden, die während des Krieges der Unterbringung von Zwangsarbeitern der Farbwerke Höchst – ein Teil der I.G.-Farben-Aktiengesellschaft – gedient hatten.¹⁷ Am 22. August 1945 wurde das Lager Zeilsheim eröffnet, nur sechs Tage später hielten sich bereits 307 Menschen dort auf, die bald einen siebenköpfigen Vorstand, ein sogenanntes Komitee bildeten.¹⁸

Neben der Unterbringung der Überlebenden und konkreter Hilfestellung und Versorgung mit allem Lebensnotwendigen trugen die amerikanischen Besatzer auch dazu bei, dass sich wieder religiöses Leben etablieren konnte. Zu Rosch Haschana im September 1945 fand ein feierlicher Gottesdienst statt, an dem weitaus mehr US-Soldaten als überlebende Jüdinnen und Juden teilnahmen.¹⁹ „Es war die erschütterndste Stunde seit dem Einzug der Amerikaner“, berichtete die *Frankfurter Rundschau*. „In der ausgebrannten, notdürftig instand gesetzten Synagoge fand sich zusammen, was von der großen und berühmten Jüdischen Gemeinde Frankfurts übriggeblieben war.“²⁰

Das insgesamt für 2.000 Personen geplante Lager in Zeilsheim beherbergte bald 5.000 Menschen.²¹ Um die Raumnot zu lindern, wurden im November 1945 über 200 Häuser in einer Arbeiterkolonie des Ortes Zeilsheim beschlagnahmt und den

¹¹ Richarz, Monika: Juden in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, in: Brumlik, Micha (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988, S. 13–30; Grossmann/Lewinsky, Zwischenstation, 2012, S. 70.

¹² Zur inzwischen sehr breit entfalteten Forschung zu den Displaced Persons vgl. Grossmann/Lewinsky, Zwischenstation, 2012, mit weiterführenden Literaturhinweisen.

¹³ Kugelmann, Cilly: Zur Identität osteuropäischer Juden in der Bundesrepublik, in: Brumlik, Micha/Kunik, Petra (Hrsg.): Reichspogromnacht. Vergangenheitsbewältigung aus jüdischer Sicht, Frankfurt am Main 1988, S. 177–181, hier S. 178.

¹⁴ Jacobmeyer, Wolfgang: Die Lager der jüdischen Displaced Persons in den deutschen Westzonen 1946/47 als Ort jüdischer Selbstvergewisserung, in: Brumlik (Hrsg.), *Leben*, 1988, S. 31–48, hier S. 37.

¹⁵ Kugelmann, *Befreiung*, 1988, S. 438.

¹⁶ Fürsorgeamt an Besatzungsamt, 08.05.1945, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (IfS), Magistratsakten, 8.841.

¹⁷ Vermerk, 11.07.1945; von Recum an Beckmann, 13.07.1945; Oberbürgermeister an Stadtrat Beckmann, 15.07.1945. Alles in: IfS, Fürsorgeamt, 554; Ritter, Florian: Das „Displaced Persons“-Lager in Frankfurt am Main/Zeilsheim, in: Jüdisches Museum Frankfurt (Hrsg.): *Wer ein Haus baut, will bleiben. 50 Jahre Jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main. Anfänge und Gegenwart*, Frankfurt am Main 1998, S. 110–118, hier S. 110.

¹⁸ Tauber, *Entstehung*, 2008, S. 75

¹⁹ Tauber, *Entstehung*, 2008, S. 128.

²⁰ *Frankfurter Rundschau*, 12.09.1945.

²¹ Krohn, *Frankfurt*, 2011, S. 51.

Lagerinsassen zur Verfügung gestellt.²² Trotzdem nahm das Lager zeitweise wegen Überfüllung keine weiteren Flüchtlinge auf.²³ Die Lager für jüdische DPs wurden für einige Jahre zu Zentren jüdischen Lebens in Europa. Auch in Zeilsheim entstand eine vielfältige Infrastruktur jüdischen Lebens, unter anderem eine Synagoge, ein rituelles Bad und eine Rabbinerschule, ein Kindergarten, eine Schule sowie eine Berufsschule und eine Volksuniversität mit eigener Bibliothek.²⁴ Zudem entwickelte sich eine zwar kurzlebige, in ihrer Dimension und Vielfältigkeit aber beeindruckende jüdische Presse- und Publikationslandschaft. Die jiddischsprachige Zeitung *Unterwegs*, die in Zeilsheim entstand, wurde zum zentralen Informationsorgan für jüdische Displaced Persons in ganz Hessen.

In der Stadt Frankfurt kursierten bald „die wildesten Gerüchte über diese von den Amerikanern betreute Übergangswohnstätte“²⁵ und den Schwarzmarkt, der dort blühte. Nach entsprechender Presseberichterstattung und zwei größeren Razzien stellte das Zentralkomitee der befreiten Juden in Hessen eine „sztarke antisemitische sztimmung“²⁶ bezüglich des Lagers Zeilsheim fest. Es zeigte sich, dass die Überlebenden zwar vor allem als Fremde und polnische Flüchtlinge wahrgenommen und als solche apostrophiert wurden – in der Presse war regelmäßig von dem „Verschlepptenlager“ die Rede –, aber durchaus das Bewusstsein darüber vorhanden war, dass es sich um Jüdinnen und Juden handelte.

Die meisten jüdischen DPs verließen Deutschland, nachdem sich ihnen die Wege nach Palästina/Israel und nach Amerika 1948 schließlich öffneten. Die DP-Camps wurden geschlossen. Doch einige der vormaligen Insassen blieben und wanderten nicht aus – sei es, weil sie keine Kraft und keine Mittel zur Weiterwanderung hatten, weil ihnen Israel und die USA noch fremder waren als Deutschland und sie nicht über die nötigen Sprachkenntnisse verfügten; sei es, weil sie erste Wurzeln in Frankfurt geschlagen, Bekanntschaften geschlossen oder einen Gelderwerb gefunden hatten.

Damit stellte sich verstärkt die Frage nach der Legitimation jüdischen Lebens in Deutschland, die bislang noch mit dem Ausnahmezustand des Wartens auf die Auswanderung und mit der Schutzfunktion der amerikanischen Besatzer hatte beantwortet werden können. 1948 zeigten sich – so berichtete ein Vertreter des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes nach einer Deutschlandreise – die Rabbiner in Bayern und in Frankfurt ganz einig: „Sie sind überzeugt, dass am Tage, an dem die amerikanischen Besatzungstruppen abziehen, kein Jude in Deutschland bleiben wird.“²⁷ Für jüdische Organisationen in aller Welt war es ohnehin ausgeschlossen, dass es neues jüdisches Leben in Deutschland geben könne. Der Jüdische Weltkongress stellte auf seiner ersten Nachkriegstagung 1948 fest, es gehe für die Juden darum, sich „nie

²² Ritter, Zeilsheim, 1998, S. 111.

²³ Von Recum an Besatzungsamt, 10.01.1946, IfS, Fürsorgeamt, 554.

²⁴ Brenner, Michael: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950, München 1995, S. 36; Grossmann/Lewinsky, Zwischenstation, 2012, S. 99. Zu den in Zeilsheim entstandenen Bildungseinrichtungen Tobias, Jim G.: Zeilsheim. Eine jüdische Stadt in Frankfurt, Nürnberg 2011.

²⁵ Balsler, Frankfurt, 1995, S. 52.

²⁶ M. Grynblat: Bericht „Betrifft: Di lage im Jewish Camp Zeilsheim, baj Frankfurt A/M“, 25.11.1946; Yeshiva, M. Bernstein Collection, 5. Yeshiva University Archives, New York.

²⁷ Juden und Deutsche. Eindrücke von einer Deutschlandreise, von Dr. Benjamin Sagalowitz, Zürich. YIVO Institute for Jewish Research, New York (YIVO), RG 347.1.41, 15.

wieder auf dem Blut getränkten deutschen Boden anzusiedeln“²⁸, in der israelischen Zeitung *Ha'aretz* verlangte Chefredakteur Gustav Schocken 1949 in einem Leitartikel, dass Juden in aller Welt „niemals wieder auch nur zu Besuch nach Deutschland fahren, ja selbst brieflich nicht in gesellschaftlichen Kontakt mit Deutschen treten sollten“²⁹.

Diese Erwartung eines nahenden Endes jüdischer Existenz in Deutschland korrespondierte mit deutlichen Vorbehalten der deutschen Bevölkerung. 1946 sprachen sich in einer Umfrage lediglich 15 Prozent der Befragten für einen Neuaufbau jüdischen Lebens aus.³⁰ 1952 befürwortete mehr als ein Drittel der Westdeutschen die Aussage, es sei besser, keine Juden im Land zu haben.³¹ Einem Report der US-Militärregierung von 1947 zufolge waren nur 20 Prozent der Deutschen frei von Ressentiments und Antisemitismus.³² Wie die Datenauswertungen Werner Bergmanns zeigen, stieg der Antisemitismus zwischen 1949 und 1952 noch einmal an, danach nahm er langsam ab.³³ 1961 äußerten in einer Befragung 39 Prozent der Bundesbürger Bedenken gegen einen Emigranten und 41 Prozent gegen einen Juden in hohen politischen Ämtern.³⁴

Angesichts des ansteigenden Antisemitismus zeigte sich der Frankfurter Rabbiner Wilhelm Weinberg im Frühjahr 1950 alarmiert: Seit Kriegsende seien 80 jüdische Friedhöfe geschändet worden, davon allein 30 in Hessen. Weinberg zog in Erwägung, ausländische Freunde um Hilfe zu bitten, die Körper berühmter Juden zu exhumieren und ins Ausland zu bringen.³⁵ Schon Weinbergs Vorgänger Leopold Neuhaus hatte Deutschland nach einem guten Jahr verlassen. Im November 1945 hatte er an einen Freund geschrieben, er und seine Frau hätten die Absicht, „sobald es möglich ist, zu unseren Kindern nach New York auszuwandern. Auf keinen Fall bleiben wir hier in Frankfurt/M., um mit den Nazis weiter dieselbe Luft zu atmen.“³⁶ Für die Gemeinde völlig überraschend, emigrierte das Ehepaar im Sommer 1946 in die Vereinigten Staaten. Wilhelm Weinberg verließ Ende 1951 Frankfurt und Deutschland mit, wie er sagte, „Verbitterung“, weil er die Entnazifizierung als gescheitert ansah und eine „Denkwende“ der Deutschen nicht erkennen konnte.³⁷

Wenn nun ein Teil der DPs in Frankfurt und in Deutschland blieb, dann geschah das gegen alle Erwartungen. Rabbiner Weinberg verteidigte diese Entscheidung gegen

²⁸ Brenner, *Juden*, 1995, S. 99.

²⁹ *Ha'aretz*, 21.09.1949 („Wir und die Deutschen“, hebräisch), zitiert nach Maor, Harry: *Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945*, (Diss.) Mainz 1961, S. 33.

³⁰ Bergmann, Werner: „Wir haben Sie nicht gerufen“. Reaktionen auf jüdische Remigranten in der Bevölkerung und Öffentlichkeit der frühen Bundesrepublik, in: Schildt, Axel/Schüler-Springorum, Stefanie/von der Lüche, Irmela (Hrsg.): „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008, S. 19–39, hier S. 25.

³¹ Bergmann, Werner: *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989*, Frankfurt am Main 1997, S. 177; Krohn, Frankfurt, 2011, S. 102.

³² Merritt, Anna Johanna/Merritt, Richard L.: *Public opinion in occupied Germany: The OMGUS surveys 1945–1949*, Urbana 1970, S. 146 ff. und S. 239 f.; Benz, Wolfgang: *Antisemitismus nach Hitler. Beobachtungen der amerikanischen Militärregierung aus dem Jahre 1947*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 6 (1997), S. 349–362; Bergmann, *Reaktionen*, 2008, S. 24 f.

³³ Bergmann, *Reaktionen*, 2008, S. 26.

³⁴ Bergmann, *Reaktionen*, 2008, S. 24.

³⁵ *Stellungnahme Wilhelm Weinbergs zu den Friedhofsschändungen in Hessen*, April 1950, Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), P197/13.

³⁶ Brief von Leopold Neuhaus vom 05.11.1945, ZA B 1/13, A.210, zitiert nach Tauber, *Entstehung*, 2008, S. 165.

³⁷ Leiske an Oberbürgermeister Kolb, 12.11.1951, IfS, Magistratsakten, 5.800; *Frankfurter Neue Presse*, 12.11.1951; Krohn, *Frankfurt*, 2011, S. 115.

Vorwürfe aus dem Ausland. In einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Berliner Rabbiner Steven S. Schwarzschild wandte er sich im Juli 1949 engagiert dagegen, jüdische Menschen in Deutschland „aufgrund ihres Entschlusses, auf dem von jüdischem Blut besudelten Boden zu bleiben, für unwürdig jeder moralischen oder materiellen Unterstützung zu halten“. Es sei selbstverständlich, dass jüdische Autoritäten die Auswanderung aus Deutschland mit allen Mitteln fördern. Dogmatismus sei allerdings fehl am Platz, denn es gebe soziologische Umstände, die manche zum Bleiben bewegen. Deshalb, so stellten Weinberg und Schwarzschild klar, hätten auch Jüdinnen und Juden in Deutschland das Recht, als Teil der jüdischen Gemeinschaft zu gelten. Die Unterscheidung zwischen ‚deutschen Juden‘ und ausländischen Juden wiesen die Rabbiner zurück. Dieser „more or less irrelevant fact of geographical origin“ spiele in den Gemeinden keine Rolle mehr, man bilde eine Einheit.³⁸

Rückkehr und Zuwanderung

Die jüdische Gemeinde in Frankfurt hatte sich gegenüber den DPs tatsächlich von Beginn an pragmatisch verhalten. Zunächst nahm man niemanden auf, der Mitglied des Komitees der befreiten Juden in Frankfurt am Main war, und in der ersten Wahlordnung der Gemeinde gestand man das aktive und passive Wahlrecht nur Personen zu, die bereits vor 1945 oder vor 1933 in Frankfurt gelebt hatten. In einer neuen Satzung von 1948 waren dann auch Menschen wählbar, die seit zwei Jahren der Jüdischen Gemeinde angehörten, unabhängig von der ursprünglichen Herkunft.³⁹ Dies lässt sich als Vorzeichen für die Fusion von Gemeinde und dem Komitee der DPs interpretieren, die im Herbst 1948 vollzogen wurde und komplikationslos verlief. Von nun an waren die ‚deutschen Juden‘ in der Gemeinde in der Minderheit, dominierten aber die Gemeindeführung.

Die Stadt Frankfurt positionierte sich zur Frage des jüdischen Lebens unmissverständlich, vor allem in Gestalt des Oberbürgermeisters Walter Kolb (SPD). Es war eine absolut ungewöhnliche Geste im Nachkriegsdeutschland, dass Kolb sich in seiner Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 1946/47 an die – vermutlich etwa 10.000 – jüdischen Frankfurter Bürger wandte, die während des Dritten Reichs ins Ausland geflohen waren. „Wir wissen alle“, so sagte Kolb, „dass Frankfurt reich und groß wurde, nicht zuletzt durch die Leistungen und die Arbeit seiner jüdischen Mitbürger, von denen ein unsagbarer Strom des Segens und des Wohltuns ausgegangen ist. Und ich kann nur ganz schlicht die Hoffnung und die Bitte aussprechen, an manchen der alten Frankfurter jüdischer Konfession, die ja noch im Herzen Bürger unserer Stadt geblieben sind, sich die ernsthafte Überlegung zu stellen, ob sie nicht trotz aller Not und allen Misstrauens wieder zurückkehren wollen. Wir versprechen von ganzem Herzen, Sie aufzunehmen, und sichern Ihnen feierlich zu, unser Bestes zu tun, dass Sie sich in der alten Heimat wohlfühlen werden.“⁴⁰ Die Zahl der Zurückkehrenden blieb zwar gering, aber Kolbs Rede

³⁸ Stellungnahme Wilhelm Weinberg und Steven S. Schwarzschild, Juli 1949, CAHJP, P197/8.

³⁹ Tauber, Entstehung, 2008, S. 48–51.

⁴⁰ Frankfurter Rundschau, 21.01.1947 („Oberbürgermeister Kolb zum neuen Jahr“). Das Manuskript der Rede Kolbs ist bis heute nicht auffindbar; Kingreen, Monica: Zurück nach Frankfurt. Rückkehr aus dem Exil in die Stadt am Main, in: Schildt/Schüler-Springorum/von der Lühe (Hrsg.), Remigration, 2008, S. 121–143, hier S. 121 f. Vgl. auch Krauss, Marita: Die

setzte ein Signal. Gleiches galt für seine Teilnahme an der Gründungsversammlung der Frankfurter Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im gleichen Jahr, die – größer hätte die Symbolwirkung kaum sein können – in der Westend-Synagoge stattfand.

Ungeachtet der Integration der ehemaligen Displaced Persons hätte die neue jüdische Gemeinde langfristig nicht bestehen können – zum einen aufgrund der großen Zahl der geschlossenen sogenannten Mischehen, zum anderen infolge der auch nach 1948 anhaltenden Auswanderung. Allein zwischen 1955 und 1959 verließen bundesweit durchschnittlich 9,2 Prozent der Gemeindemitglieder Deutschland. Aus Frankfurt wanderten in diesen Jahren sogar 13,8 Prozent der Gemeindemitglieder aus, insgesamt 341 Personen. Es handelte sich allem Anschein nach vor allem um jüngere Menschen.⁴¹ Dass trotz dieser demografischen Entwicklung die Zahl der Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren weiter wuchs, war auf eine stetige Zuwanderung zurückzuführen. Auf Frankfurt bezogen handelte es sich um klar identifizierbare Gruppen. 1953 gelangten im Zuge der Fluchtbewegung aus der DDR 80 Personen nach Frankfurt, 1957 kamen 125 Insassen des aufgelösten DP-Lagers Föhrenwald in die Stadt.⁴²

Die bedeutendste Migrationswelle war allerdings verursacht durch das verbesserte Bundesentschädigungsgesetz vom Juli 1956, das unter anderem eine Soforthilfe von 6.000 DM vorsah für Menschen, die Deutschland in der NS-Zeit hatten verlassen müssen und nun zurückkehrten. Dies hatte ein starkes Anwachsen der Zuwanderung zur Folge, von den rund 9.000 Jüdinnen und Juden, die bis 1959 in die Bundesrepublik einwanderten, kamen mehr als 6.000 seit dem Jahr 1955.⁴³ 63 Prozent von ihnen kamen aus Israel⁴⁴ und sie ließen sich überwiegend in den großen Städten nieder. Insgesamt gelangten im Zuge dieser Zuwanderungswelle 840 Menschen aus Israel nach Frankfurt,⁴⁵ was eine spürbare Veränderung der jüdischen Gemeinschaft vor Ort zur Folge hatte. Viele dieser neuen Gemeindemitglieder hatten zwar einen deutsch-jüdischen Hintergrund, waren aber unterschiedlich lange in Israel gewesen und ließen den Dualismus von ‚deutschen Juden‘ und ehemaligen Displaced Persons innerhalb der Gemeinde zunehmend verschwimmen.⁴⁶ Noch geringer als andernorts war in Frankfurt der Anteil derjenigen Zuwandernden, die bereits früher einmal in der jeweiligen Stadt gewohnt hatten, hier betrug er weniger als fünf Prozent.

Insgesamt gesehen handelte es sich bei den Jüdinnen und Juden, die nach 1956 in die Bundesrepublik übersiedelten, überwiegend um ältere Menschen, die nach einer vorübergehenden Auswanderung nach Israel hier ihren Lebensabend verbringen wollten, oder um Familien, denen die Perspektive eines Lebens in Deutschland sicherer schien als das Leben in dem ökonomisch krisenhaften jungen Wüstenstaat Israel. In der Gruppe der 840 nach Frankfurt zuziehenden Israelis war der Altersaufbau nicht ganz so

Rückkehr einer vertriebenen Elite. Remigranten in Deutschland nach 1945, in: Schulz, Günther (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S.103–123.

⁴¹ Maor, Wiederaufbau, 1961, S. 55.

⁴² Magistratsbeschluss vom 04.10.1956, IfS, Magistratsakten, 2677; Krohn, Frankfurt, 2011, S. 110 f.

⁴³ Maor, Wiederaufbau, 1961, S. 42 f.

⁴⁴ Richarz, Juden, 1988, S. 21.

⁴⁵ Maor, Wiederaufbau, 1961, S. 43 ff.

⁴⁶ Diner, Dan: Im Zeichen des Banns, in: Brenner (Hrsg.), Geschichte, 2012, S. 15–66, hier S. 46.

eindeutig wie im Bundesdurchschnitt. Zwar war mit 453 Personen die Mehrzahl über 40 Jahre alt (davon 129 älter als 60 Jahre), immerhin 387 Personen waren aber jünger als 40 Jahre, 196 von ihnen sogar jünger als 20 Jahre.⁴⁷

Leicht fiel eine Übersiedlung nach Deutschland nicht. Für den späteren Psychoanalytiker Sammy Speier, der 1958 mit seinen Eltern in Frankfurt ankam, war „das Weggehen von Israel [...] mit ungeheuren Schamgefühlen verbunden; es war eine Nacht- und Nebelaktion meiner Eltern – selbst mein damals bester Freund durfte nicht wissen, dass meine Eltern auswandern, denn es war Verrat an dem jüdischen, israelischen Volk und Staat“⁴⁸. Frankfurt war die Stadt, in der Speiers Großeltern und auch sein Vater bis zu dessen 26. Lebensjahr gelebt hatten. Jetzt waren Onkel und Tante, die schon früher zurückgekehrt waren, die Anlaufstelle für die aus Israel kommende Familie.

Die Zuwanderung aus Israel widersprach fundamental der Idealvorstellung der jüdischen Auswanderung in das Heilige Land. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte seit seiner Gründung 1950 einerseits das Recht von Jüdinnen und Juden verteidigt, sich in der Bundesrepublik aufzuhalten. Andererseits sprach man sich klar gegen Einwanderung aus. 1956 erklärte der Generalsekretär des Zentralrats Hendrik van Dam: „Deutschland ist kein Einwanderungsland und daher grundsätzlich auch kein Rückwanderungsland für Juden.“⁴⁹ 1957 sprach der Zentralrat in seinem Tätigkeitsbericht über „Erwartungen und Enttäuschungen, Unsicherheitsgefühle“, die es für Auswanderer in Israel geben könne und gegeben habe. Man könne nur davor warnen, die Wiedergutmachungszahlung als Grund für eine Rückwanderung zu nehmen. Die Soforthilfe von 6.000 DM sei schnell verbraucht, eine berufliche Eingliederung schwierig: „Man kann nicht 1957 fortsetzen, was 1933 oder 1936 abgebrochen wurde!“⁵⁰

Fremdheitserfahrungen

1959 entschloss sich die jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main, mehr über die Lebensumstände derjenigen älteren Mitglieder in Erfahrung zu bringen, die nicht in einem jüdischen Altersheim lebten. Durch eine Befragungsaktion sollten deren Lebensumstände und Bedürfnisse dokumentiert werden. Insgesamt befragte man 135 über 60-Jährige in 84 Haushalten. Die Befragten wurden in verschiedene Gruppen eingeteilt. Die Gruppe „K1“ bestand aus gut situierten, oft akademisch gebildeten Menschen mit mehrheitlich deutsch-jüdischem Hintergrund. Die Angehörigen dieser Gruppe waren entweder dank einem nichtjüdischen Ehepartner der Deportation entgangen oder hatten in Ghettos und Konzentrationslagern überlebt. Der abschließende Bericht hielt fest, diese Menschen hätten zwar „Schreckliches erlebt. Es ist aber bei ihnen nicht der Bruch in ihrem Leben erfolgt, den Auswanderung und jahrzehntelanger Aufenthalt in anderen Ländern immer bedeuten. In gewisser Beziehung befinden sich

⁴⁷ Maor, Wiederaufbau, 1961, S. 47, Tabelle VIII.

⁴⁸ Speier, Sammy: Von der Pubertät zum Erwachsenenendesein. Bericht einer Bewußtseinswerdung, in: Brumlik/Kunik (Hrsg.), Reichspogromnacht, 1988, S. 182–193, hier S. 182.

⁴⁹ Van Dam, Hendrik: Rückkehr nach Deutschland? Zur Frage der Rückwanderung, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 21.09.1956.

⁵⁰ Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs des Zentralrats der Juden in Deutschland für die Berichtsperiode Dezember 1956 bis Dezember 1957; YIVO, RG 347.1.41, 17.

Menschen dieser Art in derselben Lage, in der sich die Deutschen befinden, die nach dem Schrecken der letzten Kriegszeit, nach dem Zusammenbruch ihrer früheren Existenz [...] den Existenzaufbau von neuem beginnen mussten.“⁵¹

Die Angehörigen der Gruppe „K2“ hatten zumeist ein „ausreichendes Einkommen“ und waren ebenfalls überwiegend in Deutschland geboren. Die Gruppe „K3“ dagegen bestand mehrheitlich aus Menschen ‚ostjüdischer‘ Herkunft, teils mit unzureichendem Einkommen, teils wohlhabend. Das Kriterium der Gruppeneinteilung war aber eigentlich weder die Herkunft noch die finanzielle Situation, sondern der Grad an sozialer Integration, der sich offenbar je nach Herkunft unterschied. Der Abschlussbericht hielt fest: „Ob sie aus Deutschland stammen oder aus dem Osten, ob sie Neueinwanderer oder Rückwanderer sind, sie leben in einem Lande und an einem Ort, mit dem sie nicht oder nicht mehr vertraut sind, wo sie keine Familie, keine Freunde, keine Bekannten, keinen wie immer gearteten Anschluss haben“⁵² – das verschärfte die altersüblichen Probleme.

Gleichwohl musste man feststellen, dass man bei der Konzeption der Befragung eine wesentliche Frage unterschätzt hatte: „Nach den ersten zwanzig Interviews aber stand es bereits fest, dass wir ein Problem übersehen hatten, [...] nämlich den tiefen Gegensatz zwischen den in Deutschland geborenen und dort verbliebenen oder dorthin zurückgekehrten Juden und den ‚Ostjuden‘. Die überwiegende Mehrheit der deutschgeborenen Interviewten gab immer wieder ihrer Ablehnung der ‚Ostjuden‘ Ausdruck, und zwar sowohl des gesellschaftlichen Verhaltens als auch der religiösen Gebräuche der ‚Ostjuden‘, und begründete zum Teil ihre mangelnde Teilnahme am jüdischen Gemeindeleben mit ihrer Abneigung, mit dem ostjüdischen Element zusammenzutreffen.“⁵³

Die aus Israel übergesiedelten Gemeindeglieder, die sowohl einen deutsch-jüdischen als auch einen ‚ostjüdischen‘ Hintergrund haben konnten, sahen sich ebenfalls expliziten oder impliziten Fragen und Vorwürfen ausgesetzt – umgekehrt empfanden die übrigen Befragten die jüdische Gemeinde oft als eine „israelische Familie“, in der weit über das erträgliche Maß hinaus „die sozialen und Propagandaaufgaben einer zionistischen Organisation oder einer israelischen Organisation“ übernommen würden. Insgesamt hielten die Interviewer fest, dass man es mit einer „Gruppenrivalität“⁵⁴ zu tun habe, die auf eine tief fragmentierte jüdische Gemeinschaft hindeute. Die einzelnen Gruppen stünden „einander mit Misstrauen gegenüber“ und seien nicht bereit, auf ihre jeweiligen Traditionen und Eigenheiten zugunsten einer „Verschmelzung“ zu verzichten. Die Sozialkontakte der Befragten waren entlang der Herkunftsgrenze sortiert, hielt der Bericht fest: „Die Beziehungen zu Juden sind entweder Beziehungen alter Frankfurter untereinander oder unter Leuten aus demselben Emigrationsland.“⁵⁵

Erst die zweite Generation von Jüdinnen und Juden im Nachkriegsdeutschland hatte die Chance, über die Institutionen des deutschen Bildungswesens, über Kontakte zu

⁵¹ Roland, Charlotte: Bericht über die Untersuchung der Lage und der Bedürfnisse der Personen über 60 Jahre in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, (hektogr.) Frankfurt am Main 1959, S. 34. Archives of the American Jewish Joint Distribution Committee, Jerusalem (JDCJER), 447/29.

⁵² Roland, Bericht, 1959, S. 67.

⁵³ Roland, Bericht, 1959, S. 26 f.

⁵⁴ Roland, Bericht, 1959, S. 73.

⁵⁵ Roland, Bericht, 1959, S. 69.

nichtjüdischen Gleichaltrigen und über die Teilnahme an der sich stürmisch verändernden Freizeit- und Konsumwelt des Westens ein inneres Verhältnis zu dem Land zu entwickeln, in das ihre Eltern nach 1945 gelangt waren. Doch auch die Jüngeren taten sich oft schwer, einen Platz zu finden zwischen Deutschland und Israel, Familiengeschichte und Holocausterinnerung. Im Jahr 1963 zählte die Gemeinde in Frankfurt 2.698 Mitglieder, von denen 590 jünger als 20 Jahre waren.⁵⁶ Weniger als 20 Prozent der Angehörigen der zweiten Generation waren Kinder von ‚deutschen Juden‘ und in Deutschland geboren. Auf etwa ein Drittel schätzte man den Anteil der Kinder ehemaliger Displaced Persons, die zwar weitgehend in das westdeutsche Großstadtleben integriert waren, Berufsausbildungen absolvierten und den gleichen kulturellen, musikalischen und literarischen Einflüssen ausgesetzt waren wie ihre nichtjüdischen Altersgenossen – die aber im Elternhaus eine völlig andere Welt antrafen, die zurückverwies auf den Holocaust. Ein weiteres Drittel der Kinder und Jugendlichen war mit den Eltern aus Israel in die Bundesrepublik gekommen. Der Bruch in der Erfahrung dieser Kinder konnte schärfer kaum sein.⁵⁷

1976 strahlte der Radiosender Bayern 1 ein Feature mit dem Titel *Fremd in der eigenen Heimat. Gespräche mit Juden in Deutschland* aus.⁵⁸ Es enthielt Interviews mit Jüdinnen und Juden aus Berlin, München und Frankfurt – darunter eine 83-jährige Dame, die angab, eine von nur noch 28 „Original-Frankfurtern“ zu sein. Das Motiv der Heimatlosigkeit tauchte in vielen der Gespräche auf. Eine junge Frau berichtete, dass sie – aus Israel zurückgekehrt – keine Beziehung zu Deutschland habe, obwohl sie hier aufgewachsen war. „Ich finde, die jüdischen Jugendlichen sollten nur in Israel leben. Ich habe mich sehr wohl gefühlt, wissen Sie, das ist ein wunderbares Gefühl, wenn man z. B. im Autobus sitzt und rundherum sind nur Juden. Das kann ein anderer sehr schlecht verstehen.“

Im Sommer 1977 publizierte der *Stern* einen großen Bericht über jüdische Mädchen und junge Frauen in der Bundesrepublik. Auch diese Reportage folgte nicht der etablierten Erzählung von Versöhnung und „christlich-jüdischer Zusammenarbeit“, sondern berichtete von Fremdheitserfahrungen und Irritationen.⁵⁹ Die rund 2.000 jüdischen Frauen in der Bundesrepublik zwischen 16 und 30 Jahren hatten zwar deutsche Pässe, so erfuhr der *Stern*-Leser, aber sie fühlten sich heimat- und staatenlos. Nur zwei von etwa einhundert befragten Frauen gaben an, es sei „ganz normal“, als Jüdin in Deutschland zu leben.

In einem Frankfurter Café hatte der *Stern* mit „Gaby“ gesprochen, die 1945 mit ihren Eltern im Lager Zeilsheim gestrandet war. Doch die Emigration ins gelobte Land hatte sich immer wieder verschoben, die Familie blieb in Frankfurt. Während Gaby die Schule besuchte und Deutsch lernte, blieben die Eltern beim Jiddish. Man lebte, so erzählte Gaby, „wie in einem Hotel auf der Durchreise: Ohne sich je die Mühe zu machen, die Namen der umliegenden Straßen kennenzulernen, ohne ein Wort mit den deutschen

⁵⁶ Krohn, Frankfurt, 2011, S. 137, Anm. 184.

⁵⁷ Oppenheimer, Walter W. Jacob: Jüdische Jugend in Deutschland, München 1967.

⁵⁸ *Fremd in der eigenen Heimat. Gespräche mit Juden in Deutschland*. Von Mute Heller. Typoskript, BR Zeitfunk, 17.08.1976 (Bayern 1), ZA B. 1/13, 2905-08. Der Titel des Radiofeatures nahm den einer Buchveröffentlichung vorweg, in der drei Jahre später zahlreiche Beiträge zum Thema des jüdischen Lebens in der Bundesrepublik publiziert wurden: Broder, Henryk/Lang, Michel R. (Hrsg.): *Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1979.

⁵⁹ Der Stern: „Alles, nur kein deutscher Mann“, Heft 28, 30.06.1977.

Nachbarn zu wechseln.“ Im Kreis jüdischer Bekannter träumte man derweil, nächstes Jahr in Jerusalem zu sein. Wie viele Gleichaltrige versuchte Gaby, das Aliyah-Versprechen einzulösen und ging nach Israel. Als sie nach sechs Jahren nach Frankfurt zurückkehrte, hatte sich bei den Eltern nichts verändert. Die Haustür war vergittert, die Türen in der Wohnung dürften nicht geschlossen sein, weil die Mutter seit ihrer Zeit in Auschwitz unter Klaustrophobie leide. Noch immer achte man bei der Anschaffung von Möbeln darauf, dass sich diese für die Reise nach Israel leicht zerlegen ließen.

Die Erfahrung, fremd in Deutschland zu bleiben, schlug sich auch in Umfragen nieder. 1977 zeigte eine Erhebung, dass sich 92 Prozent der in der Bundesrepublik lebenden Jüdinnen und Juden nicht als Deutsche verstanden. 55 Prozent der Befragten gaben an, sich von engeren Kontakten zu Nichtjuden fernzuhalten, letzteres betraf allerdings vor allem die ältere Generation. 84 Prozent gaben an, in der Bundesrepublik kein Heimatgefühl zu verspüren, von den Jüngeren sagten dies sogar über 90 Prozent.⁶⁰ Die Zahlen hatten sich im Vergleich zu ähnlichen Befragungen aus den frühen 1960er Jahren eher verschlechtert als verbessert.⁶¹

Fazit

Das jüdische Leben im Nachkriegsdeutschland war quantitativ eine Marginalie. Eine Zukunft konnte nicht in Rekonstruktion und Kontinuität liegen, sondern war nur durch Zuwanderung denkbar. Der Blick auf die Entwicklung in Frankfurt am Main zeigt, dass zunächst die Fluchtbewegung von Displaced Persons, von denen einige entgegen der allgemeinen Erwartung nicht in die USA oder nach Palästina weiterwanderten, die jüdische Gemeinde stabilisierte.

Es ist mehrfach zu Recht bemerkt worden, dass die Unterscheidung zwischen ‚deutschen Juden‘ und den ehemaligen DPs eine Vereinfachung darstellt; denn wäre der in Breslau geborene Neufrankfurter Ignatz Bubis, der sich in späteren Jahrzehnten wie kaum ein anderer als „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ präsentierte, tatsächlich durch seine Zugehörigkeit zur Gruppe der ‚Ostjuden‘ hinreichend charakterisiert? Und wie passt der in Frankreich von deutsch-jüdischen Eltern geborene, in Paris und Frankfurt lebende Daniel Cohn-Bendit in diese Kategorien hinein? Gleichwohl blieb die Unterscheidung zwischen ‚deutschen‘ und ‚Ostjuden‘ virulent. Die Vorbehalte gegenüber den ‚Ostjuden‘ manifestierten sich nicht nur aufseiten der nichtjüdischen Bevölkerung, die die Überlebenden im Lager Zeilsheim argwöhnisch betrachtete und 25 Jahre später die Immobilienhändler, die in den ‚Häuserkampf‘ im Frankfurter Westend involviert waren, häufig als Spekulanten ansah, sofern es sich um Juden handelte. Auch innerhalb der jüdischen Gemeinde selbst blieb die „distanzierte Verschiedenheit“⁶² zwischen den ‚deutschen‘ Juden und den ‚Ostjuden‘ noch lange bestehen und wurde durch die Einwanderung aus Israel seit Mitte der 1950er Jahre weiter kompliziert. Die Zuwanderungswelle nach 1956 war nicht die letzte, die die jüdische

⁶⁰ Kuschner, Doris: Die jüdische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland, (Diss.) Köln 1977, S. 126, 134 f., S. 172.

⁶¹ Oppenheimer, Jugend, 1967; Brenner, Michael: Epilog oder Neuanfang? Fünf Jahrzehnte jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Romberg, Otto R./Urban-Fahr, Susanne (Hrsg.): Juden in Deutschland nach 1945. Bürger oder „Mit“-Bürger, Frankfurt am Main 1999, S. 35–44, hier S. 41 f.

⁶² Diner, Zeichen, 2012, S. 31.

Gemeinschaft in der Bundesrepublik veränderte. 1968, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Staaten des Warschauer Pakts, gab es eine erhebliche Zuwanderung aus der Tschechoslowakei. Seit den 1970er Jahren gelangten immer wieder Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion nach Westdeutschland.

Betrachtet man die jüdische Geschichte der Nachkriegszeit als Migrationsgeschichte, so folgt dies zum einen der Einsicht, dass man es nicht mit einer stabilen und klar umrissenen jüdischen Gruppe zu tun hat, sondern mit einem sich ständig verändernden sozialen Gebilde. Zum anderen wird deutlicher, dass nahezu alle Jüdinnen und Juden nicht nur eine Verfolgungsgeschichte, sondern auch eine Flucht- und Zuwanderungsgeschichte hatten. Sie waren nicht nur Überlebende, sondern auch Fremde an ihrem jeweiligen Ort. Hinter der unzweifelhaft erfolgreich verlaufenen Geschichte eines Neubeginns jüdischen Lebens in Deutschland werden aus dieser Perspektive Brüche und Fremdheitserfahrungen sichtbar. Jüdische Geschichte ist dann auch die Geschichte der sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten – dem Schicksal der ‚Gastarbeiter‘ in der Bundesrepublik nicht unähnlich und in starkem Maße in generationellen Stufenfolgen verlaufend. Dies zeigte sich in besonderer Weise in Frankfurt, wo in den 1980er Jahren vor allem Angehörige der ‚zweiten Generation‘ öffentliche Sichtbarkeit erlangten und bedeutende Positionen in Politik, Wissenschaft und intellektuellem Leben einnahmen.

Wenig später brach unvermutet ein ganz neuer Zeitabschnitt an. Seit 1989, verstärkt seit 1991, wanderten Jüdinnen und Juden aus der zerfallenden Sowjetunion in großer Zahl in das wiedervereinigte Deutschland ein. Seither hat sich die Zahl der Mitglieder der Jüdischen Gemeinden vervierfacht. Die Frankfurter Gemeinde wuchs dabei – von 4.824 Mitgliedern im Jahr 1989 auf 6.832 im Jahr 2010⁶³ – noch vergleichsweise wenig, während die Mitgliederzahlen vieler kleinerer Gemeinden, aber auch beispielsweise die der Münchner Gemeinde sich mehr als verdoppelten. Diejenigen Jüdinnen und Juden, die seit 1945 die jüdische Gemeinschaft gebildet hatten und zumeist erst nach 1945 nach Deutschland gelangt waren, wurden nun plötzlich zu Alteingesessenen, so auch in Frankfurt am Main. Jüdische Geschichte blieb weiterhin eine Geschichte der Migration.

Zitiervorschlag Tobias Freimüller: *Migration und Stabilisierung. Jüdisches Leben in Frankfurt am Main nach 1945*, in: *Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 15 (2021), 29, S. 1–13, online unter http://www.medaon.de/pdf/medaon_29_freimueller.pdf [dd.mm.yyyy].

⁶³ Brenner (Hrsg.), *Geschichte*, 2012, S. 443 (Statistiken, Tabelle 2).

Zum Autor *Freimüller, Tobias; Historiker, stellvertretender Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus, jüdische Geschichte, Geschichte der Medizin und Psychiatrie. Promotion 2006, Habilitation 2019.*

Veröffentlichungen (Auswahl): Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945–1990, Göttingen 2020; Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts (hrsg. mit Tim Schanetzky, Kristina Meyer, Sybille Steinbacher, Dietmar Süß und Annette Weinke), Göttingen 2020; Alexander Mitscherlich.

Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler, Göttingen 2007.